

ULRICH BUSCH

# PERSPEKTIVEN DER DEUTSCH-DEUTSCHEN KONVERGENZ BIS 2020

## DAS ZIEL DER KONVERGENZ

Konvergenz bedeutet Annäherung, Angleichung, Übereinstimmung. Im Kontext mit der deutschen Vereinigung geht es um das relative Niveau der wirtschaftlichen Leistungskraft, der Produktivität und des Lebensstandards, gemessen am Einkommen und Vermögen, des Konsums, des Lebensstils, der Bildung usw. Ostdeutschlands im Verhältnis zu Westdeutschland. Gemäß der Logik der Vereinigung als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der Übernahme der bundesdeutschen Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftsordnung durch die neuen Länder vollzieht sich der Konvergenzprozess als einseitige Anpassung des Ostens an den Westen. Ziel und Maßstab der Vereinigung ist mithin die vollständige oder zumindest weitgehende Niveauangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland, der Abbau der teilungsbedingten Unterschiede zwischen den Teilregionen und die Herstellung «gleicher» bzw. «gleichwertiger» Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet, wie im Grundgesetz (Art. 3, 72 und 106) postuliert. Als Zeithorizont hierfür wurden ein bis zwei Jahrzehnte, längstens aber dreißig Jahre, ins Auge gefasst. Das Jahr 2020 gilt somit als das Jahr der Vollendung der deutschen Einheit, das Jahr der Konvergenz.

In den ersten Jahren der Einheit gab es kaum Zweifel daran, dass der Aufbau Ost auf die Angleichung der Lebensverhältnisse zielt und erst dann abgeschlossen sein wird, wenn diese erreicht ist. Über die Dynamik der Angleichung gab es jedoch illusionäre Vorstellungen.<sup>1</sup> So gingen die meisten Politiker und nicht wenige Ökonomen davon aus, dass die Dynamik der ostdeutschen Wirtschaft das westdeutsche Wirtschaftswachstum dauerhaft übersteigen würde und der Aufbauprozess damit zugleich ein Aufholprozess sein würde. Dies erwies sich jedoch als unzutreffend. Nach dem Ende der Restrukturierungsphase und dem Abflauen des vor allem durch die Bauwirtschaft getragenen Investitionsbooms Mitte der 1990er Jahre verlangsamte sich der Aufbauprozess spürbar und kam der Aufholprozess auf vielen Gebieten zum Erliegen. Mit dem Erreichen des Standes von etwa zwei Dritteln des Westniveaus bei wichtigen ökonomischen und sozialen Indikatoren schien das vorläufige Ende der Fahnenstange

erreicht und rückte die weitere Angleichungsperspektive in weite Ferne. Dies betraf sowohl ökonomische Basisgrößen wie das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und die Arbeitsproduktivität als auch Löhne, Renten und andere lebensneurelevante Indikatoren. Eine große Unzufriedenheit griff um sich. Es begann eine fieberhafte, bis heute andauernde Suche nach den Ursachen für die zurückbleibende Dynamik der ostdeutschen Wirtschaft und die Suspendierung der Konvergenz.

Das Spektrum der Erklärungen ist breit und reicht von Schuldzuweisungen an die technologisch rückständige und marode Planwirtschaft der DDR und deren Spätfolgen<sup>2</sup> und die «wirtschaftlichen Flurschäden, die vier Jahrzehnte der Abschottung vom Weltmarkt in Ostdeutschland [...] hinterlassen haben» und die vor allem in der «Zerstörung der industriellen Innovationskraft» bestehen<sup>3</sup> über die «fehlerhafte, inadäquate Wirtschaftspolitik im Vereinigungsprozess»<sup>4</sup> bis zu der Behauptung, das «westdeutsche Großkapital» hätte Ostdeutschland absichtlich ruiniert und «dazu verdammt, als europäische Armutsregion zu vegetieren und zum wirtschaftlichen Schlusslicht in der erweiterten EU zu werden»<sup>5</sup>. Die Erklärungsansätze sollen hier nicht kommentiert werden. Soviel scheint aber sicher: sie überzeugen nicht wirklich. Erstere nicht, weil sie mit zunehmendem Zeitabstand zwangsläufig an Erklärungskraft einbüßen, das Problem des Zurückbleibens Ostdeutschlands aber fortbesteht, letzterer nicht, weil er eine «in den Abgrund führende» Entwicklungs-

**1** Dies zeigt ein Vergleich alternativer Konvergenzscenarien aus den Jahren 1990 bis 1995 mit dem tatsächlichen Verlauf der Angleichung auf wirtschaftlichem Gebiet. Interessanterweise fielen diese Prognosen durchweg entschieden zu optimistisch aus, während die in späteren Jahren prospektierten Entwicklungsverläufe von der Realität weniger stark abweichen. Bemerkenswert ist, dass sich der tatsächliche Konvergenzprozess immer mehr dem theoretischen Modell annähert (vgl. dazu Busch, U.: Vereinigt und doch zweigeteilt: Zum Stand der deutsch-deutschen Konvergenz auf wirtschaftlichem Gebiet. In: Bohr, K./Krause, A. (Hrsg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Bilanz und Perspektiven, Baden-Baden 2011, S. 63–90, insbesondere S. 71 f.). **2** Vgl. Blum, U.: Honeckers langer Schatten oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche Ostdeutschlands. In: IWH: Wirtschaft im Wandel, 4/2007, S. 109 ff. **3** Paqué, K.-H.: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München 2009, S. VIII. **4** Mai, K./Steinitz, K.: Ostdeutschland auf der Kippe. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2004, S. 8. **5** Blessing, K./Damm, E. Werner, M.: Die Schulden des Westens. Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird, Berlin 2006, S. 13.

perspektive unterstellt, die bisher nicht eingetreten ist und sich auch perspektivisch nicht abzeichnet. Zudem lassen diese Darstellungen die Möglichkeit partieller Korrekturen zu und geben damit Raum für Hoffnung auf Besserung in der Zukunft. Dafür aber fehlen die entscheidenden Voraussetzungen.

Tiefer gehende Analysen stellen deshalb weniger auf die gegenwärtigen Ressourcen ab (und schon gar nicht auf Relikte aus der Vergangenheit), sondern stellen Potenzialgrößen und deren Reproduktion in den Mittelpunkt der Betrachtung.<sup>6</sup> Dabei zeigt sich, dass es in Ostdeutschland durchaus Zukunftspotenziale gibt<sup>7</sup>, diese bisher aber überwiegend Randexistenzen verkörpern und in Nischen operieren und daher wenig geeignet sind, um eine die westdeutsche Wirtschaft überflügelnde Dynamik zu generieren und eine selbst tragende Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu fundieren. Letzteres aber bildet eine unverzichtbare Voraussetzung für Konvergenz.

Untersucht man die Gesamtheit der Bedingungen für einen umfassenden Konvergenzprozess, so wird offenbar, dass dafür in Ostdeutschland wichtige Voraussetzungen fehlen. Und zwar, je weiter man in die Zukunft schaut, um so mehr. Dies betrifft: Erstens Humanressourcen, welche, bedingt durch die demografische Entwicklung, die Abnahme der Bevölkerungszahl, die niedrigen Geburtenzahlen und Fertilitätsraten, die selektive Abwanderung und die Alterung, in den kommenden Jahrzehnten spürbar zurückgehen.<sup>8</sup> Zweitens: Metropolregionen von europäischer und globaler Relevanz, welche über Agglomerations- und Synergieeffekte die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung dominieren. In Deutschland gibt es fünf derartige Ballungsräume; alle befinden sich im Westen. Berlin/Brandenburg und das Sachsen-dreieck (Dresden, Leipzig, Chemnitz) sind weit davon entfernt, eine vergleichbare Wirtschaftskraft und überregionale Ausstrahlung zu erlangen. Bis auf weiteres kreuzen sich die Hauptlinien der europäischen Wirtschaftsentwicklung nicht in Ostdeutschland. Drittens: Banken und Finanzzentren. In Ostdeutschland gibt es weder in- noch ausländische private Großbanken, keine einflussreichen Landesbanken, keine Versicherungszentralen und keine Börse von überregionaler Bedeutung. Dies ist unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus, wo Finanzinstitute eine zentrale Rolle spielen, ein gewaltiger Standortnachteil. Viertens: Industrie. Nach wie vor wird die Leistungsfähigkeit einer Region maßgeblich vom Umfang und von der Struktur der Industrie bestimmt. Dies gilt besonders, wenn andere Wirtschaftszweige (Finanzindustrie, Rohstoffgewinnung, Tourismus usw.) fehlen oder nur schwach vertreten sind. Ostdeutschland verfügt zwar über eine dynamische und moderne Industrie, gemessen an Westdeutschland ist der Osten aber unterindustrialisiert, ist die Industrie entschieden zu kleinteilig, zudem strukturell fragmentiert und nicht forschungsintensiv genug, daher weniger produktiv.<sup>9</sup> Fünftens: Regionale und überregionale Exportüberschüsse als Grundlage für eine selbst tragende Entwicklung. Solange Ostdeutschland ökonomisch «am Tropf» des Westens hängt und sich als Transferökonomie und Transfargesellschaft reproduziert, bleibt es eine «Nachholwirtschaft». Um aufzuholen ist es aber unverzichtbar, zu überholen, das heißt auf wichtigen Gebieten Voraussetzungen aufzubauen. Dies gelingt über eine exportgestützte Strategie, welche im regionalen und überregionalen Austausch

Überschüsse realisiert und so die Transfer- und Importabhängigkeit überwindet. In den neuen Bundesländern gibt es hierfür bestenfalls vereinzelte Ansätze. Ein Strategiewechsel mit durchgreifender Wirkung ist mittelfristig jedoch nicht zu erwarten. Und damit auch keine vollständige Konvergenz, was problematisch ist, da diese Zielsetzung sich aus dem Vereinigungsprozess ableitet und damit ebenso wie dieser irreversibel ist.

Der Status Ostdeutschlands als Beitrittsgebiet und seit dem 3. Oktober 1990 integraler Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland bringt es mit sich, dass Ziel und Maßstab der Vereinigung und der Transformation als Konvergenzpostulat in Erscheinung treten. Dies unterscheidet Ostdeutschland ganz erheblich von anderen Staaten Mittel- und Osteuropas: Geht es diesen darum, wirtschaftlich und sozial ein höheres Niveau als 1989 zu erreichen, den Anschluss an die Europäische Union zu finden und ökonomisch aufzuholen, so ist dies für Ostdeutschland nicht hinreichend. Ziel ist hier vielmehr die vollständige Integration in das Wirtschafts- und Sozialgefüge der Bundesrepublik, die umfassende Angleichung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus und die Geltendmachung gleicher Zukunftschancen in Ost und West. Der Erfolg der Transformation lässt sich hier folglich nicht nur am Zugewinn an Produktivität, Einkommen usw. gegenüber 1989 messen, und schon gar nicht am Niveaufälle gegenüber MOE, sondern am Konvergenzfortschritt gegenüber Westdeutschland, am Realisierungsgrad der deutsch-deutschen Konvergenz auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

## THEORETISCHE ANSÄTZE UND KONVERGENZVERLAUF

Zwei Regionen befinden sich in einem realwirtschaftlichen Konvergenzprozess, wenn sich die Werte des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (BIP/Einwohner) langfristig angleichen. Dazu muss die im Ausgangszustand weniger entwickelte Region im Zeitverlauf signifikant höhere Wachstumsraten aufweisen als die weiter entwickelte Region. Dies lässt sich empirisch überprüfen. Ferner kann die Konvergenzgeschwindigkeit ermittelt werden, also festgestellt, um wie viel Prozent sich die Differenz zwischen zwei Einkommens- bzw. Produktivitätsniveaus jährlich verringert. Diverse Studien gelangten zu dem Resultat, dass die durchschnittliche Konvergenzgeschwindigkeit pro Jahr bei etwa zwei Prozent liegt.<sup>10</sup> Danach dauert es rund 35 Jahre, bevor sich ein anfänglicher Produktivitäts- und Einkommensunterschied um die Hälfte reduziert und fast noch einmal so lange, bis eine Niveauleichung erreicht ist.<sup>11</sup> Um die relative Angleichung zweier Regionen darzustellen, werden üblicherweise die logarithmierten Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Pro-Kopf-Produktion und deren Wachstumsraten zueinander ins Verhältnis gesetzt. Dabei zeigt sich eine negative Korrelation zwischen dem realen BIP/Einwohner und der durchschnittlichen Wachstumsrate des BIP.

<sup>6</sup> Vgl. Carlin, W.: Keynote: Good Institutions are not enough: Ongoing Challenges of East German Development. In: 20 Jahre Deutsche Einheit. Von der Transformation zur europäischen Integration. IWH-Sonderheft 3/2010, S. 9–31. <sup>7</sup> Vgl. Reißig, R./Thomas, M. (Hg.): Neue Chancen für alte Regionen?, Münster 2005; Links, C./Volke, K. (Hg.): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin 2009. <sup>8</sup> Vgl. Busch, U. Kühn, W./Steinitz, K.: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland, Hamburg 2009, S. 43 ff. <sup>9</sup> Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Deutsche Zweizeit – oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit? Bilanz der Vereinigungspolitik, Köln 2010, S. 158 ff. <sup>10</sup> Vgl. Barro, R./Sala-i-Martin, X. (1991): Convergence Across States and Regions, in: Brookings Papers on Economic Activity 1, S. 107–158. <sup>11</sup> Vgl. Scheufele, R./Ludwig, U.: Der lange Weg der Konvergenz, in: Wirtschaft im Wandel, 10/2009, S. 403.

Mit Hilfe geeigneter Methoden lässt sich dann überprüfen, ob es zu einer relativen Angleichung der Pro-Kopf-Produktion im Zeitverlauf kommt. Die Angleichung erscheint hier als Abnahme der Standardabweichung der logarithmierten Werte des BIP/Einwohner.

Bezieht man diese Überlegungen auf Ost- und Westdeutschland, so zeigt sich, dass, bezogen auf den Gesamtzeitraum von 20 Jahren, hier in der Tat ein Konvergenzprozess stattfand. Für Ostdeutschland äußert sich dieser als Aufholprozess, sowohl für die Zeit von 1992 bis 2011 als auch, bei Zugrundelegung des Ausgangsniveaus, seit 1990. Die Analyse im Einzelnen zeigt jedoch, dass sich dieser Aufholprozess weder kontinuierlich noch gleich bleibend dynamisch vollzog: So verzeichnete die ostdeutsche Wirtschaft zu Beginn der Periode einen starken Einbruch, während Westdeutschland eine Sonderkonjunktur («Vereinigungsboom») erlebte. Dadurch vergrößerte sich die Ost-West-Differenz spürbar: das relative Niveau des ostdeutschen BIP/Einwohner ging von 54,9 % (1989) auf 33,3 % (1991) zurück, was einer rapiden Verschlechterung der Konvergenzaussichten gleichkam. Es ist deshalb von erheblicher Bedeutung, ob bei einer Zeitreihenbetrachtung das Jahr 1990 (bzw. 1989) als Basis herangezogen wird oder das Krisenjahr 1991.<sup>12</sup>

Von 1992 bis 1996 übertraf das Wirtschaftswachstum Ostdeutschlands alle Erwartungen: Der Aufbau ging schneller vonstatten als prospektiert. Während der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jedoch und in der ersten Hälfte des folgenden Jahrzehnts stagnierte der Aufholprozess. In den Jahren drauf verlief er uneinheitlich, so dass es insgesamt (seit 1996) nur noch minimale Konvergenzfortschritte gibt. Dies gilt auch für die Gegenwart, so dass bis 2020 nicht mit einer Forcierung der Konvergenz zu rechnen ist.<sup>13</sup>

#### ➔ **Abb. 1: Reale Wachstumsraten des BIP gegenüber Vorjahr in Prozent, 1990 bis 2010**

Insgesamt, so lässt sich konstatieren, war der Aufbau Ost nur temporär, in zehn oder elf von 20 Jahren, zugleich ein Aufholprozess.<sup>14</sup> In diesen Jahren verlief er jedoch wesentlich steiler als theoretisch prospektiert, das heißt, die Rate der Konvergenz war höher als 2 %. Bei Einbeziehung des anfänglich negativen Wachstums und einer Ausdehnung des Betrachtungszeitraumes bis 2010 sinkt die Rate jedoch deutlich. Im ersten Jahrfünft (1991–1995) verringerte sich der Abstand Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland um mehr als zwanzig Prozentpunkte. Geht man von 1989/90 aus, so waren es nur halb soviel. Für die nächsten zehn Punkte bedurfte es aber bereits 15 Jahre (1996–2010). Da die Konvergenzgeschwindigkeit weiter nachgelassen hat, spricht wenig dafür, dass das Konvergenzziel bis 2020 erreicht wird.

Testet man den Konvergenzverlauf mit verschiedenen Methoden, so gelangt man zu einer durchschnittlichen Aufholgeschwindigkeit «zwischen 1 % und 2 %». Hieraus folgt, dass eine vollständige Konvergenz frühestens in «50 Jahren» zu erwarten ist<sup>15</sup>, bei Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere der Alterungs- und Schrumpfungprozesse, eher später. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sich Ostdeutschland, unter Einschluss zunehmender regionaler Differenzierungsprozesse, von den wirtschaftlich starken und dynamischen Metropolräumen im Westen und Süden der Republik im Zeitverlauf weiter entfernt. Nach 2019, wenn der Solidarpakt II ausgelaufen ist und der Aufbau Ost für beendet

erklärt, wird die Konvergenzgeschwindigkeit voraussichtlich gegen Null tendieren. Das Konvergenzziel würde damit als politisches Ziel endgültig obsolet werden.

#### **DETERMINANTEN DER KONVERGENZ**

Bei der Ost-West-Konvergenz in Deutschland geht es letztlich um die Herstellung gleichartiger bzw. gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Evident dafür ist die Angleichung des Lohn- und Einkommensniveaus, des Konsumtionsniveaus, der Wohnbedingungen, der Vermögensverhältnisse, der Bildung, der Berufschancen usw. All diese Komponenten einer umfassenden Konvergenz basieren jedoch auf der Angleichung der wirtschaftlichen Leistungskraft. Der wirtschaftliche Aufholprozess bildet mithin die Basis für die Angleichung der Gesamtheit der Lebensverhältnisse. Auf Dauer kann es hier keine Diskrepanz geben. Das zeigt die Entwicklung seit 1990: So erwies sich die Anhebung des Lohnniveaus in den ersten Jahren der Einheit über das Maß der Produktivitätssteigerung hinaus für die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen als nachteilig, was die wirtschaftliche Entwicklung bremste. Infolge des wirtschaftlichen Zurückbleibens der neuen Länder gingen im Laufe der Zeit auch die demographisch vergleichsweise günstigen Ausgangsbedingungen (Altersstruktur) und der Bildungsvorsprung vollständig verloren und verkehrten sich in ihr Gegenteil, in Überalterung und Bildungsrückstand. Jeder Versuch einer Anhebung des Einkommens-, Konsum- und Lebensniveaus, ohne dass dafür die wirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen, erweist sich früher oder später als Irrweg und führt in eine finanzielle Abhängigkeit. Bei Staaten äußert sich dies in einer Zunahme der Verschuldung gegenüber dem Ausland, wodurch schließlich auch der Handlungsspielraum im Innern verloren geht. Bei Regionen führt der Zustrom finanzieller und realer Transfers zur Ausbildung einer Transferökonomie und Transfergesellschaft, wodurch der Rückstand konserviert wird und Entwicklungspotenziale verloren gehen<sup>16</sup>.

Der Aufbau Ostdeutschlands seit 1990 folgte in bestimmtem Maße dieser Entwicklungslogik, was sich im Umbau der Wirtschaft «zu einer (bau-)subventions- und transferabhängigen, nahezu vollständig lokalisierten Ökonomie»<sup>17</sup> niederschlug. Inzwischen hat es hier einige Korrekturen gegeben, vollends überwunden ist die Fehlentwicklung aber nicht. Kritisch zu bewerten ist auch, dass, die soziale Konvergenz,

<sup>12</sup> Es wird die Auffassung vertreten, dass, da Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und deutsche Vereinigung 1990 datieren, die Analyse mit diesem Jahr beginnen sollte. Auf Grund der unbefriedigenden Datenlage für 1990 jedoch bietet sich 1989 als Basisjahr an, zumal die ursprünglich nach der MPS-Methode erfassten DDR-Daten inzwischen in einem autorisierten Verfahren auf VGR-Basis umgerechnet wurden und dadurch mit den bundesdeutschen Daten vergleichbar gemacht worden sind (vgl. Heske, G.: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000, in: Historische Sozialforschung, Supplement No. 17, Köln 2005; ders.: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950–1989. Daten, Methoden, Vergleiche, in: Historische Sozialforschung, Supplement No. 21, Köln 2009). Die alternative Vorgehensweise, welche 1991 als Basisjahr setzt und die Analyse erst mit den Daten für 1992 beginnt, bildet den tatsächlichen Transformationsverlauf nicht korrekt ab, da hier die erste Phase des Vereinigungsprozesses (1990/91) fehlt und daher die nachfolgende Dynamik, da vom Tiefpunkt aus gemessen, überzeichnet wird. <sup>13</sup> Vgl. Ludwig, U./Exß, F.: IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland. In: Wirtschaft im Wandel, 12/2010, S. 547. <sup>14</sup> Eine besondere Problematik stellt Berlin dar: Anfangs war die wirtschaftliche Situation hier besser als in den neuen Bundesländern, dann für viele Jahre schlechter. Zuletzt hellte sich die Lage hier aber auf. Bei Vergleichsrechnungen schneidet Ostdeutschland ohne Berlin mitunter besser ab als bei Einbeziehung Berlins (vgl. Abb. 1). <sup>15</sup> Scheufele, R./Ludwig, U.: Der lange Weg der Konvergenz, a.a.O., S. 406 f. <sup>16</sup> Vgl. Busch, U.: Transferleistungen – Aufbauhilfe und Entwicklungsblokkade für Ostdeutschland. In: IWH: 20 Jahre Deutsche Einheit. Von der Transformation zur europäischen Integration, IWH-Sonderheft 3/2010, S. 381–400; ders.: Am Tropic. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002. <sup>17</sup> Simons, H.: Transfers und Wirtschaftswachstum, Marburg 2009, S. 222.

gemessen an den realen Pro-Kopf-Einkommen und dem Konsumtionsniveau, gestützt auf massive Transferzahlungen schneller vorangekommen ist als die wirtschaftliche Konvergenz. Gleichwohl, und darauf kommt es an, sind beide Konvergenzziele bis heute unerreicht. Und dies wird auch künftig so bleiben, wenn es nicht gelingt, die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands nachhaltig zu steigern.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist die Konvergenz von Regionen nicht primär eine Frage gleicher Konsumstandards oder gleicher Einkommen. Ausschlaggebend hierfür sind vielmehr das Produktivitätsniveau und die wirtschaftliche Dynamik. Das heißt, es geht vor allem darum, dass Ostdeutschland sich hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Leistungskraft dem Westen angleicht. Ist dieses Ziel erreicht, so nähern sich Einkommen, Konsum usw. von selbst einander an, zumindest wären die entscheidenden Barrieren dafür beseitigt.

Dies ist jedoch kurzfristig, etwa durch ein «Wirtschaftswunder», nicht zu bewerkstelligen. Nicht nur, dass hierfür in Ostdeutschland zu keinem Zeitpunkt die Voraussetzungen bestanden, die diesbezüglich gehegten und von der Politik aus wahltaktischen Motiven heraus genährten Erwartungen («Blühende Landschaften») waren von Anfang an illusionär und realitätsfremd. Der blumige Vergleich Helmut Kohls<sup>18</sup> wurde daher sehr bald zu einem Sinnbild für Deindustrialisierung, Leerstand, Rückbau und Schrumpfung und, indem er für die Rückeroberung der neuen Länder durch die Natur Verwendung fand, zu einer «Karikatur seiner selbst»<sup>19</sup>. Ein realistisches Zukunftsbild und Konvergenzscenario war er jedoch nie.

#### → **Abb. 2: BIP je Einwohner in Ost- und Westdeutschland 1989 bis 2010 in Euro**

Trotzdem galt es bis Mitte der 1990er Jahre als ausgemacht, dass Ostdeutschland sein Konvergenzziel «innerhalb der kommenden Dekade»<sup>20</sup> erreichen würde. Als die Wachstumsraten jedoch auf Dauer zurückgingen und der Aufholprozess stagnierte, verlor diese Zielvorstellung an Glaubwürdigkeit. Auch wenn hierfür zunächst der Rückgang der Bautätigkeit verantwortlich gemacht wurde, während das Verarbeitende Gewerbe bemerkenswerte Fortschritte erzielte, so geriet im Laufe der Zeit doch der Aufholprozess als Ganzes ins Stocken und kam die wirtschaftliche Angleichung nur noch langsam vorankam. Bei wichtigen Indikatoren ist seit mehr als zehn Jahren zwischen Ost und West eine Parallelentwicklung zu beobachten, wobei sich die Relationen im Zeitverlauf allmählich zugunsten der neuen Länder verschieben, die absoluten Differenzen aber in etwa gleich bleiben oder sogar zunehmen. So betrug die Ost-West-Relation beim BIP-Niveau je Einwohner 1996 62,9%. 13 Jahre später, 2009, waren es 70,5%. Die Ost-West-Lücke verringerte sich indes nicht: 1996 betrug sie 9.235 Euro, 2009 waren es 9.325 Euro (vgl. Abb. 2).

Etwas günstiger vollzog sich der Konvergenzfortschritt bei der Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen). Da der Rückgang 1990/91 hier weniger stark ausgefallen war und sich der massive Beschäftigungsabbau auf die Produktivität positiv auswirkte, verlief die Produktivitätsentwicklung erfolgreicher als die der Pro-Kopf-Einkommen (vgl. Abb. 3). Genau besehen aber war das Verlaufsmuster ähnlich. Auch hier kam es Mitte der 1990er Jahre zu einer Abflachung der Konvergenzdynamik, so dass sich der üblicherweise als «Riesenerfolg»

präsentierte überproportionale Anstieg der Arbeitsproduktivität letztlich auf wenige Jahre reduziert.

#### → **Abb. 3: Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen in Euro) 1989 bis 2009**

Bezogen auf einzelne Branchen stellt sich der Aufholprozess differenziert dar. So betrug der Angleichungsgrad bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Westdeutschland = 100) 2008 in der Landwirtschaft 111% und im Bergbau 100%, beim Verarbeitenden Gewerbe hingegen erst 78%, im Baugewerbe 71% und im Kredit- und Versicherungsgewerbe 73%<sup>21</sup>. Hier macht sich das Fehlen produktiver Großbetriebe, forschungsintensiver Unternehmen, von Großbanken usw. bemerkbar. Vergleichbare Unternehmen gleicher Größenordnung und Ausstattung weisen kaum mehr Produktivitätsunterschiede auf. Der Rückstand rührt vielmehr von strukturellen Defiziten her, welche volkswirtschaftlich bedingt sind und worauf die einzelnen Unternehmen keinen Einfluss haben. Demgegenüber ist die regionale Differenzierung weniger ausgeprägt: Die neuen Bundesländer differieren gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt im Angleichungsgrad der Arbeitsproduktivität kaum. Sie bilden gegenüber den in wirtschaftlicher Hinsicht stark differierenden alten Ländern einen relativ homogenen Block. Insofern ist es wenig überzeugend, wenn bei regionalen Vergleichen auf die Differenzierung innerhalb Westdeutschlands verwiesen wird: Die ostdeutschen Länder belegen bei wirtschaftsrelevanten Rankings in der Regel die Plätze 11 bis 16, unabhängig davon, wie stark die Differenzierung zwischen den Plätzen 1 bis 10 ausfällt. Dies gilt auch für den regionalen Vergleich, wie das jüngste Ranking der Prognos AG bestätigte: Danach befindet sich von den sieben Regionen mit den «besten Zukunftschancen» keine einzige in Ostdeutschland. Unter den 30 Regionen mit «sehr guten Chancen» gibt es nur zwei ostdeutsche (Jena und Dresden). Dagegen befinden sich alle elf Regionen mit «hohen Risiken» und «ohne Chancen» in Ostdeutschland. Und auch die 38 Regionen mit «hohen Risiken» sind überwiegend im Osten zu finden<sup>22</sup>.

### **KONVERGENZ DER EINKOMMEN UND VERMÖGEN**

Bemerkenswert ist, dass die Dynamik der Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte Ostdeutschlands, welche anfangs die der Leistungsentwicklung überstieg, inzwischen sehr gedämpft verläuft. Ähnlich wie bei den Wirtschaftsindikatoren ist, nachdem ein bestimmter Schwellenwert im Verhältnis zu Westdeutschland erreicht worden ist, auch hier an die Stelle einer weiteren Angleichung eine Parallelentwicklung getreten. Teilweise ist die Lücke gegenüber den alten Ländern sogar wieder größer geworden, so dass Divergenz statt Konvergenz vorliegt. 2007 lag das durchschnittliche Marktäquivalenzeinkommens der privaten Haushalte in Ostdeutschland bei 64,0% des Westniveaus. 1991 lag es exakt genauso hoch, 1990 nur geringfügig niedriger.

<sup>18</sup> Kohl, H.: Bilanz und Perspektiven. Regierungspolitik 1989 – 1991, Bd. 2, Bonn 1992, S. 593. <sup>19</sup> Görtemaker, M.: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin-Brandenburg 2009, S. 88. <sup>20</sup> Lichtblau, K. Von der Transfer- zur Marktwirtschaft, Köln 1995, S. 44. <sup>21</sup> Brenke, K./Zimmermann, K. F.: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft? In: DIW Berlin, Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, S. 45. <sup>22</sup> Prognos AG: Zukunftsatlas 2010. In: Handelsblatt Nr. 221, 15.11., S. 8–9.

Etwas günstiger stellt sich dies für die Haushaltsnettoeinkommen dar. Hier erhöhte sich das relative Niveau von 73 % (1991) auf 82 % (1996). Seitdem aber stagniert es bzw. wird der Abstand wieder größer (vgl. Abb. 4). Aktuelle Erhebungen stützen diese Aussage: So betrug das durchschnittliche Nettoeinkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland im Jahr 2008 75,0 % des Westniveaus. Fünf Jahre zuvor waren es 77,5 %<sup>23</sup>. – Eine Konvergenz lässt sich hieraus beim besten Willen nicht ablesen.<sup>24</sup>

→ **Abb. 4: Relative Entwicklung der durchschnittlichen Markt- und Haushaltsnettoeinkommen in Ostdeutschland 1991–2007 (Westdeutschland = 100) Angaben in Preisen von 2005 und äquivalenzgewichtet mit der neuen OECD-Skala, Datenbasis: SOEP.**

Eine analoge Entwicklung lässt sich bei den Arbeitseinkommen, den Löhnen und Gehältern, ausmachen. Auch hier erreichte die Annäherung bereits in den 1990er Jahren ihren höchsten Stand. In den Jahren danach hat nicht nur der absolute Abstand wieder zugenommen, sondern es hat sich auch das relative Niveau Ostdeutschlands verringert. So lag der durchschnittliche Stundenverdienst im produzierenden Gewerbe bei Berücksichtigung von Sonderzahlungen in den neuen Bundesländern 2008 lediglich bei 63,8 % des Westniveaus. Im Dienstleistungsgewerbe waren es 77,1 %.<sup>25</sup> Die Ost-West-Relation der Bruttolöhne aller Beschäftigten verbesserte sich von 51,0 % 1991 über 75,0 % im Jahr 1996 auf 79,4 % im Jahr 2009. Die absolute Lohndifferenz verringerte sich aber nicht: Sie betrug 1998 6.209 Euro und zehn Jahre später 6.212 Euro.<sup>26</sup> Hinzu kommt, dass im Osten mehr Menschen im Niedriglohnbereich beschäftigt sind als im Westen. So arbeiten hier 7,2 % aller Beschäftigten für Löhne unter fünf Euro/Stunde und 35 % für weniger als 8,50 Euro/Stunde. Im Westen sind dies nur 2,9 bzw. 15 %.<sup>27</sup>

Wesentlich größer als bei den Einkommen sind die Ost-West-Unterschiede bei den privaten Vermögen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass es infolge der 2:1-Umstellung der Geldvermögen zum 1. Juli 1990, der Restitutionsregelungen und der westdeutsche Interessenten begünstigenden Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt hier zunächst zu einer Verschlechterung der Ausgangsposition der ostdeutschen Bevölkerung kam. Dies betraf vor allem das Produktiv- bzw. Betriebsvermögen, aber auch Teile des Immobilien-, Geld- und Gebrauchsvermögens. In den Folgejahren erfolgte dann ein beachtlicher Vermögensaufbau, der zu einer signifikanten Verbesserung der Ost-West-Relation führte, nicht aber zu einer Verringerung der absoluten Vermögensdiskrepanz. Die Ost-West-Relation beim Reinvermögen stieg bis 1997 von 0,21 auf 0,40, die absolute Differenz je Einwohner aber erhöhte sich, von 50.720 Euro auf 51.282 Euro. (vgl. Tabelle 1)

→ **Tabelle 1: Vermögen und Verpflichtungen privater Haushalte in West- und Ostdeutschland je Einwohner in Euro 1990 und 1997**

Hieran zeigt sich, dass die Vermögensbestände seit 1990 im Osten wie im Westen kräftig gewachsen sind. Ein Aufholprozess jedoch findet nicht statt. Vielmehr handelt es sich hier um eine Parallelentwicklung, wodurch sich die statistischen Relationen verbessern, die Niveauunterschiede aber bestehen bleiben. Tabelle 1 dokumentiert die Entwicklung bis 1997. Für die Folgejahre liegen keine vergleichbaren Daten vor.

Es gibt aber eine auf Individuen bezogene Vermögensstatistik des DIW sowie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes, welche ersatzweise herangezogen werden können.

→ **Tabelle 2: Individuelle Vermögen in West- und Ostdeutschland 2002 und 2007: durchschnittliche Höhe in Euro \***

→ **Tabelle 3: Geld und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte am 1. Januar 2003 und 1. Januar 2008 in Euro**

Aus den Tabellen 1 bis 3 geht hervor, dass sich der während der 1990 Jahre partiell zu beobachtende Angleichungsprozess der Vermögenssituation der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland im zweiten Jahrzehnt der deutschen Einheit nicht fortgesetzt hat. Die EVS-Daten lassen eine Stagnation der Konvergenz erkennen, indem die Niveaurelation bei gut 40 % der Nettogesamtvermögen verharret. Demgegenüber weisen die DIW-Berechnungen sogar eine divergente Entwicklung einzelner Vermögenskomponenten und der durchschnittlichen individuellen Gesamtvermögen aus, was absolut plausibel ist. Denn auf der Basis geringerer Einkommen, einer um zwei bis drei Prozentpunkte niedrigeren Sparquote, geringerer Kapitalerträge, Mieteinnahmen usw. ist in den neuen Ländern nicht mit einem beschleunigten Vermögensaufbau zu rechnen. Eher mit einer Stagnation der absoluten Größen, wie beim Geldvermögen, oder einem Rückgang der Durchschnittswerte wie beim Betriebs- und Sachvermögen. Besonders ungünstig wirkt sich die demografisch bedingte negative Marktwertentwicklung bei Immobilien im Osten aus. Insgesamt zeigt die Bilanz, dass sich seit 2002 die «Vermögensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert» haben und Ostdeutschland, relativ zu Westdeutschland «zusehends verarmt»<sup>28</sup>.

## PARALLELENTWICKLUNG STATT KONVERGENZ ZUR

Die Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost und West war ein tragendes Motiv für die friedliche Revolution in der DDR und ein wichtiges Ziel der ostdeutschen Transformation. Der Vereinigungsprozess trug dem Rechnung, indem die «Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse» im gesamten Bundesgebiet im Grundgesetz (Art. 72 GG) fixiert war. Bei der Frage jedoch, wie dieses Ziel zu erreichen sei, überwogen anfangs illusionäre Vorstellungen. Die Grundlage dafür bildete die Überzeugung, dass die Übernahme der Wirtschafts- und Geldordnung der Bundesrepublik, der Eigentums- und Rechtsordnung, sowie die finanzielle Unterstützung der neuen Länder durch öffentliche und private Transfers ausreichen würden, um eine wirtschaftliche Dynamik zu generieren, die mittelfristig zur vollständigen Konvergenz beider Landesteile führen würde. Als sich dies

\* Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren, die im Besitz der jeweiligen Vermögensart sind. **23** Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 456 vom 8. Dezember 2010. **24** Daran ändern auch die Kaufkraftunterschiede zwischen Ost und West nur wenig. Berechnungen zufolge betrug die Differenz bei den Lebenshaltungskosten im Jahr 2007 lediglich 5,6 %. Damit tragen die Preise zwar etwas zur Konvergenz bei, gleichen die Lücke bei den Einkommen aber bei weitem nicht aus (Kawka, R.: Regionale Preisunterschiede in den neuen und alten Ländern. In: ifo Dresden berichtet, 2/2010, S. 15). **25** Schäfer, C.: Aus der Krise in die Krise. WSI-Verteilungsbericht 2009. In: WSI-Mitteilungen, 12, S. 687. **26** Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Deutsche Zweieheit ..., a.a.O., Tabelle A 18. **27** Die Zeit, 23. September 2010. **28** Frick, J. R./Grabka, M. M.: Gestiegene Vermögensungleichheit ..., a.a.O., S. 54.

als unrealistisch erwies, reagierte die Politik prompt mit einer Änderung des Grundgesetzes: Der Passus «Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse» wurde in «Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse» abgeändert. Damit wurde das Konvergenzziel erheblich aufgeweicht und der «unterprivilegierte Sonderweg» Ostdeutschlands mit dem Grundgesetz vereinbar gemacht.<sup>29</sup> Zugleich aber orientiert die neue Formulierung auf die Herstellung der Konvergenz als Aufgabe und weist der Politik eine entsprechende Verantwortung zu, die sie bisher jedoch nicht eingelöst hat.

Mit der Wachstumsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre schwand die Basis für die Erreichung der wirtschaftlichen Konvergenz. Als die neuen Länder schließlich auch noch sozial abzurufen drohten, machte Wolfgang Thierse darauf aufmerksam, dass der Osten «auf der Kippe» stehe. Von Konvergenz konnte «keine Rede» mehr sein, vielmehr schien Ostdeutschland wirtschaftlich und sozial «abgehängt» und «auf Dauer zweitrangig gestellt»<sup>30</sup>. Die neuen Länder entwickelten sich gemäß der Logik einer Transfargesellschaft, das heißt ohne selbst tragende Wirtschaft, im Nachtrab gegenüber den westdeutschen Metropolen, abhängig von externen Transfers und ohne Aufholperspektive.

In den Folgejahren ist es gelungen, die Situation wieder etwas zu verbessern: das heißt, die neuen Länder holten wirtschaftlich wieder leicht auf. Insbesondere verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe nun höhere Wachstumsraten, stieg der Exportanteil und wuchs die Arbeitsproduktivität überproportional an. Dieser positive Trend muss jedoch im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung gesehen werden: In zentralen Punkten entspricht er der Strategie einer passiven Sanierung. Durch den Rückgang der Einwohner- und Erwerbstätigenzahl erhöhen sich bei gleich bleibendem Produktionsausstoß und Verbrauch die Pro-Kopf-Werte, nicht aber das regionale Gewicht Ostdeutschlands. Der Konvergenzprozess kommt auf diese Weise nicht wirklich voran, sondern verläuft «in Trippelschritten»<sup>31</sup>, widersprüchlich, diskontinuierlich und partiell divergent. Da das schwächere Produktionswachstum immer weniger durch die sinkende Einwohnerzahl kompensiert wird, diese sich vielmehr zunehmend bremsend auf die Wirtschaftsentwicklung auswirkt, wird der Konvergenzprozess in den nächsten Jahren weiter an Dynamik verlieren. Daran ändert auch die beachtliche Dynamik auf einigen zukunftsrelevanten Gebieten und in bestimmten Produktionsfeldern nichts. Man sollte deshalb, und darüber sind sich die meisten Ökonomen einig, «Abschied von der Vorstellung nehmen, dass Ostdeutschland auf absehbare Zeit ökonomisch zum Westen aufschließen kann»<sup>32</sup>. Der weitere Konvergenzprozess wird «eher schleppend verlaufen»<sup>33</sup> und durch eine zunehmende Differenziertheit, Diskontinuität, Stagnation und parallele Problembewältigungsprozesse in Ost und West gekennzeichnet sein.

Trotz dieser ernüchternden Expertise hielt die Bundesregierung noch bis 2008 am Ziel der «Überwindung teilungsbedingter Unterschiede» in Deutschland fest und bekannte sich «uneingeschränkt» zum Konvergenzziel der «Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West»<sup>34</sup>. Erst mit dem Jahresbericht 2009 erfolgte ein Kurswechsel. Nunmehr wird betont, dass «der Abstand in der Wirtschaftsleistung zwischen Ost und West noch immer beträchtlich ist» und die Ursachen dafür vor allem in «strukturellen Defiziten» liegen,

also in der geringen Zahl kapitalkräftiger Unternehmen, im Fehlen von Großunternehmen und Unternehmenszentralen, Großbanken, Forschungszentren usw. Da diese Schwächen unmöglich kurzfristig behoben werden können, andererseits aber auch nicht ewig ein Ziel verkündet werden kann, das unerreichbar bleibt, erschien der Regierung eine Zielkorrektur als Ausweg: Galt bisher das wirtschaftliche Durchschnittsniveau Westdeutschlands als Zielmarke, so wird nun die «wirtschaftliche Konvergenz zwischen den neuen Ländern und strukturschwächeren westdeutschen Ländern» als Ziel definiert. Bezogen auf den wichtigsten Indikator, das BIP pro Kopf, bedeutet dies nicht weniger als eine Zurücknahme der Zielsetzung um rund die Hälfte.<sup>35</sup> Diese deutlich weniger anspruchsvolle Zielstellung scheint bis 2019, dem Jahr des Auslaufens des Solidarpaktes II, realisierbar und damit für die Regierung als «absehbare Perspektive»<sup>36</sup>. Wenn es gelänge, so der Bericht, «bis zum Jahr 2019 die ostdeutschen Länder an die strukturschwächeren westdeutschen Länder heranzuführen, wäre dies bereits ein großer Erfolg». – Ein Erfolg vielleicht, nicht aber die Erreichung der Konvergenz, wie sie 1990 proklamiert und vom Vereinigungsprozess erwartet worden ist.

Im Jahresbericht 2010 wird dieser Ansatz fortgeführt und zugleich noch weiter relativiert, indem jetzt bloß noch von der Möglichkeit eines «weitgehenden Aufschließens zu den strukturschwächeren Ländern» die Rede ist.<sup>37</sup>

Indes mehren sich die Zweifel, ob der eingeschlagene Kurs überhaupt zum Ziel führt, oder nicht vielleicht ins Abseits, ob die Weichen 1990 richtig gestellt worden sind, in Richtung Konvergenz und Entwicklung, oder ob Ostdeutschland auf Dauer von den entwickelten Regionen im Westen abgekoppelt bleibt und bestenfalls zu den strukturschwächsten Ländern (Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz) aufschließen wird. Ferner stellt sich die Frage, ob das Tempo des Aufbau Ost hinreicht, um den Abstand gegenüber Westdeutschland schrumpfen zu lassen, oder aber, ob der weitere Aufbauprozess lediglich dazu führt, den Abstand stabil zu halten und nicht deutlich größer werden zu lassen. Wie die Daten für die zurückliegenden zwanzig Jahre zeigen, sind diese Zweifel keineswegs aus der Luft gegriffen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass gegenüber der Ausgangslage von 1990 zweifelsfrei ein Konvergenzprozess stattgefunden hat. Es ist aber unübersehbar, dass dieser im Zeitverlauf erheblich an Dynamik verloren hat und auf einigen Gebieten gänzlich zum Erliegen gekommen ist.

**29** Beyme, K. v.: Die Transformation Ostdeutschlands im Vergleich der postkommunistischen Systeme. In: Benkenstein, M. et al. (Hrsg.): Politische und wirtschaftliche Transformation Osteuropas, Wiesbaden 2001, S. 17. **30** Thierse, W.: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland. In: [www.zeit.de/2001/02/Politik/200102\\_thiersepapier1.html](http://www.zeit.de/2001/02/Politik/200102_thiersepapier1.html). **31** Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland: Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen in Trippelschritten. In: *Wirtschaft im Wandel*, 6/2005, S. 167–184. **32** Brenke, K./Zimmermann, K.F. (2009): Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall, a.a.O., S. 59. **33** Burda, M. C.: Wirtschaft in Ostdeutschland im 21. Jahrhundert. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 30–31/2010, S. 32. **34** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008, Berlin 2008, S. 1. **35** 2009 betrug das BIP pro Kopf in den westdeutschen Bundesländern durchschnittlich 31.086 Euro. Die Spitze bildete Hamburg mit 48.229 Euro, das Schlusslicht Rheinland-Pfalz mit 25.511 Euro. Für die fünf neuen Länder galt ein Durchschnittswert von 21.760 Euro. Vergleicht man diesen Wert mit dem westdeutschen Durchschnitt, so beträgt der Abstand 30 Prozent. Legt man die Latte aber tiefer und vergleicht den Wert der neuen Länder mit dem Wert für Rheinland-Pfalz, so schmilzt der Abstand auf 14,7 Prozentpunkte (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Wirtschaftsdaten neuer Länder, Juli 2010, S. 2). **36** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2009, Berlin 2009, S. 6. **37** Bundesministerium des Innern (BMI) (2010): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2010, Berlin, S. 33.

Auch wenn zuletzt wieder etwas mehr Bewegung in diesen Prozess gekommen ist, so bleibt es doch eine offene Frage, ob diese ausreicht, um in absehbarer Zeit das Konvergenzziel zu erreichen. Es gibt Grund zu der Annahme, dass dies nicht der Fall ist und die neuen Bundesländer auch weiterhin eine gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt relativ rückständige Region bleiben werden. Andererseits aber wächst die regionale Differenzierung, im Osten wie im Westen, was jeden interregionalen Vergleich erschwert. Zudem verändern sich mit dem demografischen Wandel und der Globalisierung Umfang und Struktur der regionalen Wachstumspotenziale, weshalb eine Angleichung aller Bundesländer in der Pro-Kopf-Leistung in Zukunft kaum zu erwarten ist. Eher nehmen die Diskrepanzen zwischen den Regionen und innerhalb der Länder völlig neue Dimensionen an. Zudem vergrößern sich die kleinräumigen Unterschiede, die lokalen Divergenzen. Ostdeutschland könnte daher im 21. Jahrhundert wirtschaftlich «einem Flickenteppich gleichen, [...] in dem sich Wachstumszentren mit Gegenden abwechseln werden, die von chronischer Entvölkerung, Abhängigkeit von Sozialtransfers und lokalem Niedergang geprägt sind. [...] Ein langsames Ausbluten der Bevölkerung ist unvermeidbar»<sup>38</sup>. Vor diesem Hintergrund scheint es wenig wahrscheinlich, dass das Konvergenzziel bis 20120 erreicht werden wird. Vielleicht bleibt es für immer unerreichbar. Auch wird die Dis-

kussion inzwischen von neuen Problemen und Zukunftsaufgaben überlagert, deren Bewältigung ein gesamtdeutsches Anliegen darstellt. Zu einem Zukunftsprojekt Deutschland, das ausgehend von den in Ost und West vorhandenen Potenzialen gemeinsam in Angriff genommen wird, könnte Ostdeutschland gewiss einiges beitragen: Sowohl Erfahrungen mit historischen Umbrüchen als auch innovative und alternative Lösungsansätze für ökonomische, ökologische und soziale Probleme. Der weitere Aufbau- und Aufholprozess würde dadurch zu einem Suchprozess nach zukunftsfähigen Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden.

Dr. oec. habil. Ulrich Busch – Jg. 1951, Bankkaufmann, Studium der Finanzwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsdozent für Volkswirtschaftslehre; zur Zeit: Schatzmeister der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V., Redakteur der Zeitschrift Berliner Debatte Initial, Mitglied im Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung an der TU Berlin und in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum). Zahlreiche Veröffentlichungen zu Ostdeutschland, zur deutschen Einheit sowie zu geld- und finanztheoretischen und -politischen Themen.

<sup>38</sup> Burda, M.C.: *Wirtschaft in Ostdeutschland...*, a.a.O., S. 33.

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

## STANDPUNKTE 2011

1/2011

JÖRN SCHÜTRUMPF

Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden

2/2011

JOCHEN WEICHOLD

Der Höhenflug der Grünen –  
eine Herausforderung für DIE LINKE?

3/2011

AXEL TROOST

Quo vadis Finanzreform?

Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen  
Finanzmärkte und was daraus geworden ist

4/2011

MICHAELA KLINGBERG

Der Sockel des Kaisers muss es sein

5/2011

ROLF GÖSSNER

Im Geist des Kalten Krieges –  
im Namen der «streitbaren Demokratie»  
Bundesverwaltungsgericht: Verfassungsschutz-  
Beobachtung Bodo Ramelow's (MdB) und  
der Linkspartei ist rechtmäßig

6/2011

FRIEDRICH BURSCHEL

Geld gegen Gesinnung. Bundesförderung gegen alle  
möglichen «Extremismen» gibt es künftig nur noch nach  
einem ideologischen Kotau

7/2011

SARAH SCHULZ

Vom Werden der fdGO. Das SRP-Verbotsurteil von 1952

8/2011

ALEXANDRA MANSKE

Die «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft.  
Erosion und Beharrung in den Geschlechterverhältnissen

9/2011

HANS THIE

EXIT statt EXITUS

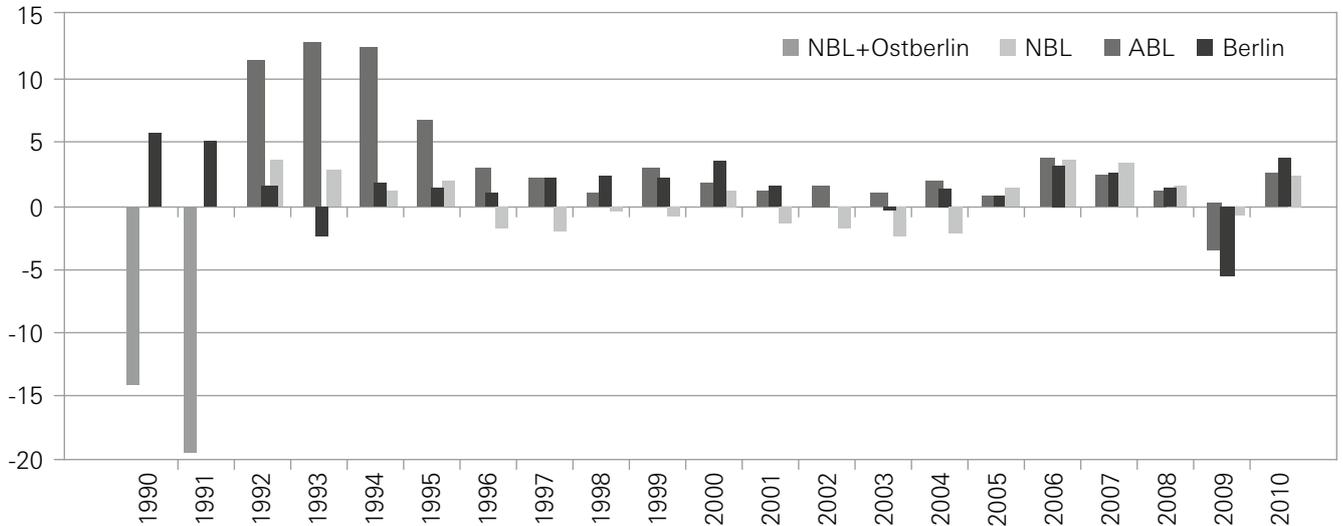
10/2011

MICHAEL BRIE

Rosa Luxemburg's Symphonie zur russischen Revolution

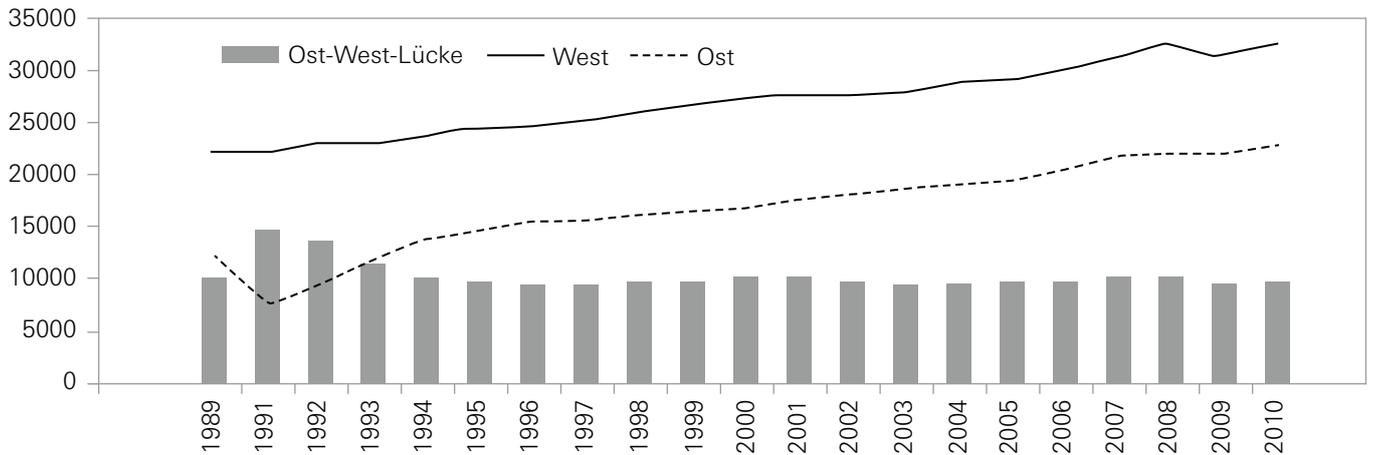
## ANHANG

Abb. 1: Reale Wachstumsraten des BIP gegenüber Vorjahr in Prozent, 1990 bis 2010



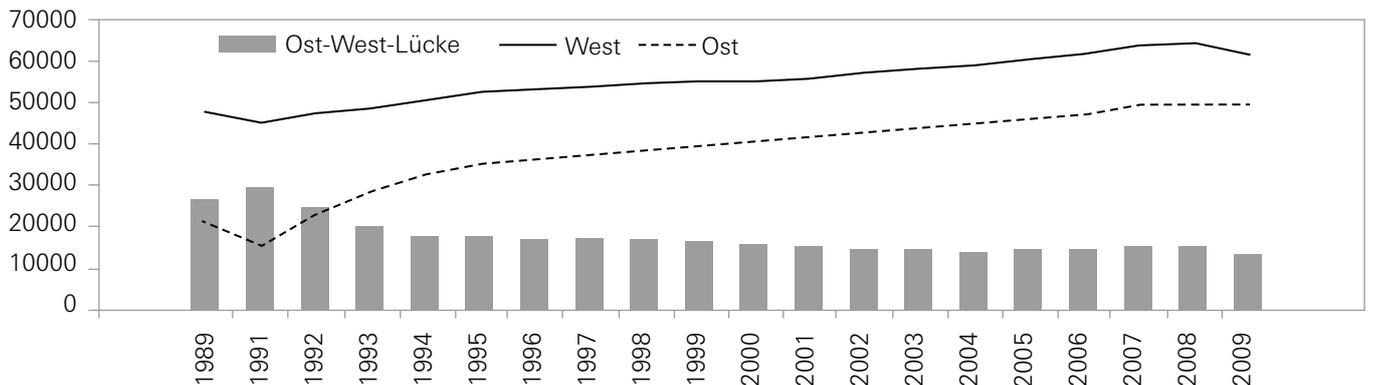
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder ([www.vgrdl.de/Arbeitskreis\\_VGR/tbls/tab01.asp](http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/tab01.asp))  
 BIP preisbereinigt, verkettet; 1990 und 1991 auf Basis ESVG 1995, 2010: vorläufige Angaben.

Abb. 2: BIP je Einwohner in Ost- und Westdeutschland 1989 bis 2010 in Euro



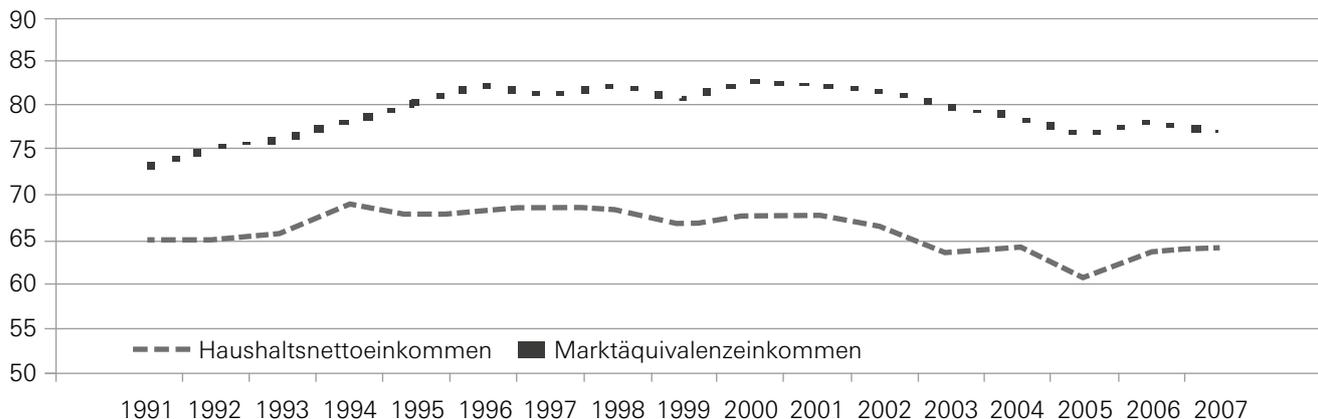
Quelle: VGRdL, Tab. 3.3, neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin, Heske 2009, a.a.O., eigene Berechnungen

Abb. 3: Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen in Euro) 1989 bis 2009



Quelle: VGRdL, Tab. 3.1, neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin; Heske 2009 a.a.O.; eigene Berechnungen.

Abb. 4: Relative Entwicklung der durchschnittlichen Markt- und Haushaltsnettoeinkommen in Ostdeutschland 1991 bis 2007 (Westdeutschland = 100), Angaben in Preisen von 2005 und äquivalenzgewichtet mit der neuen OECD-Skala, Datenbasis: SOEP.



Quelle: Sachverständigenrat: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Jahresgutachten 2009/10, Stuttgart, Z 490.

Tabelle 1: Vermögen und Verpflichtungen privater Haushalte in West- und Ostdeutschland je Einwohner in Euro 1990 und 1997

|                   | Westdeutschland |               | Ostdeutschland |               | Relation in % |             |
|-------------------|-----------------|---------------|----------------|---------------|---------------|-------------|
|                   | 1990            | 1997          | 1990           | 1997          | 1990          | 1997        |
| Immobilien        | 39.625          | 50.209        | 5.624          | 18.100        | 0,14          | 0,36        |
| Geldvermögen      | 24.747          | 38.398        | 4.346          | 11.709        | 0,18          | 0,30        |
| Gebrauchsvermögen | 8.130           | 10.686        | 3.630          | 7.414         | 0,45          | 0,69        |
| Insgesamt         | 72.552          | 99.344        | 13.549         | 37.223        | 0,19          | 0,37        |
| Verpflichtungen   | 8.743           | 13.396        | 460            | 2.556         | 0,05          | 0,19        |
| Reinvermögen      | <b>63.809</b>   | <b>85.948</b> | <b>13.089</b>  | <b>34.666</b> | <b>0,21</b>   | <b>0,40</b> |

Quelle: Deutsche Bundesbank: Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland. In: Monatsbericht Oktober 1993, S. 31 f.; Deutsche Bundesbank: Zur Entwicklung der privaten Vermögenssituation seit Beginn der neunziger Jahre. In: Monatsbericht Januar 1999, S. 47, eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Individuelle Vermögen in West- und Ostdeutschland 2002 und 2007: durchschnittliche Höhe in Euro\*

|                           | Westdeutschland |                | Ostdeutschland |                | Relation in % |             |
|---------------------------|-----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|-------------|
|                           | 2002            | 2007           | 2002           | 2007           | 2002          | 2007        |
| Selbstgenutzte Immobilien | 148.291         | 154.468        | 87.351         | 80.433         | 58,9          | 52,1        |
| Sonstige Immobilien       | 191.917         | 208.127        | 55.112         | 44.387         | 28,7          | 21,3        |
| Geldvermögen              | 23.436          | 28.254         | 13.134         | 13.463         | 56,0          | 47,6        |
| Private Versicherungen    | 21.100          | 24.804         | 9.907          | 10.048         | 47,0          | 40,5        |
| Betriebsvermögen          | 203.362         | 247.191        | 84.589         | 65.048         | 41,6          | 26,3        |
| Sachvermögen              | 14.968          | 19.789         | 10.988         | 6.527          | 73,4          | 33,0        |
| Gesamtvermögen            | 603.074         | 682.633        | 261.081        | 219.906        | 43,3          | 32,2        |
| Schulden                  | 59.507          | 61.222         | 34.068         | 32.235         | 57,3          | 52,6        |
| Reinvermögen              | <b>543.567</b>  | <b>621.411</b> | <b>227.013</b> | <b>187.671</b> | <b>41,8</b>   | <b>30,2</b> |

\* Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren, die im Besitz der jeweiligen Vermögensart sind.

Quelle: Frick, J. R./Grabka, M. M.: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW Wochenbericht, 76. Jg., Nr. 4, S. 60; eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Geld und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte am 1. Januar 2003 und 1. Januar 2008 in Euro

|                          | Westdeutschland |                | Neue Länder und Berlin-Ost |               | Relation in % |             |
|--------------------------|-----------------|----------------|----------------------------|---------------|---------------|-------------|
|                          | 2003            | 2008           | 2003                       | 2008          | 2003          | 2008        |
| Immobilien/Verkehrswerte | 122.600         | 109.100        | 47.500                     | 41.000        | 38,7          | 37,6        |
| Bruttogeldvermögen       | 43.500          | 52.000         | 23.200                     | 28.700        | 53,3          | 55,2        |
| Bruttogesamtvermögen     | 166.100         | 161.200        | 70.700                     | 69.700        | 42,6          | 43,2        |
| Schulden                 | 29.200          | 29.100         | 16.000                     | 15.200        | 54,8          | 52,2        |
| Nettogesamtvermögen      | <b>136.900</b>  | <b>132.000</b> | <b>54.700</b>              | <b>54.600</b> | <b>40,0</b>   | <b>41,4</b> |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2009. www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistik; eigene Berechnungen.